

Schluß mit der Wende

Die Spaltung in Ost und West überwinden

Im Herbst 1992 gab es laut offizieller Statistik 1,8 Millionen Arbeitslose im Westen (5,8%) und 1,1 Millionen im Osten (13,6%). Die tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt wesentlich höher, da Hunderttausende in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeit-Null abgeschoben oder in den Vorruhestand geschickt wurden. Demnächst sollen weitere 100 000 ABM-Stellen abgebaut werden; durch Einschnitte im Arbeitsförderungsgesetz ist geplant, die Bezahlung von ABM-Beschäftigten zu kürzen; die Zumutbarkeitsklausel für Arbeitslose wird verschärft. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Bilanz seit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands. Aus dem immer wieder prophezeiten "Aufschwung Ost" ist ein Abschwung für die Lohnabhängigen in Ost und West geworden.

Die internationalen Krisenerscheinungen des Kapitalismus spitzen sich zu. Rezession, protektionistische Maßnahmen und der Versuch des deutschen Kapitals mittels der EG den Einfluß von amerikanischem und japanischem Kapital zu begrenzen, stoßen zunehmend an die Grenze der innerimperialistischen Konkurrenz in Europa. Einzelne taktische Differenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie über den eingeschlagenen Weg täuschen nicht über den bürgerlichen Grundkonsens hinweg: Die Weltmacht BRD soll sich nach innen und außen effektiver formieren. Der wachsende Nationalismus, der sich aktuell in erster Linie gegen Asylsuchende und Immigranten richtet, kommt der Bourgeoisie auf diesem Weg gerade recht. Die *soziale Wende* soll durchgesetzt werden, sprich: Senkung des Lebensstandards, Sozialabbau im Großmaßstab und damit einhergehend Angriffe auf bürgerlich-demokratische Rechte.

Diese Wende richtet sich gegen die ökonomischen und sozialen Errungenschaften aller abhängig Beschäftigten. Waigels Forderung nach einem "Pakt der Vernunft", der für 2 bis 3 Jahre u.a. einen weiteren Lohnabbau im Westen vorsieht, gehört ebenso zu dieser Wende wie die Ankündigung neuer Steuererhöhungen, die Gesundheitsreform auf dem Rücken der Versicherten und die Versuche, Öffnungsklauseln der Tarifverträge durchzusetzen. Der allseits propagierte "Solidarpakt" ist das Stichwort, mit dem eine *Große-Koalitionspolitik im Interesse des Kapitals* festgeklopft werden soll.

Engholms Schulterschuß mit dem Kapital

Die Sozialdemokratie kapituliert vor der allgemeinen Rechtsentwicklung in Deutschland. Die Sonntagsreden, in denen halbherzig die Politik der Bourgeoisie angegriffen und manchmal sogar über Sozialismus räsoniert wurde, werden nicht mehr gehalten. Eine Abgrenzung der SPD-Spitzen von der bürgerlichen Regierungspolitik ist aktuell nicht auszumachen. Engholms staatsmännisches Angebot der "Zusammenarbeit in Sachfragen" drückt den Willen dieser SPD-Führung aus, in allen wesentlichen politischen Fragen mit der Regierung zu kollaborieren.

Die heiß diskutierten Grundgesetz-Änderungen zu Asylrecht und Bundeswehr-Einsätzen werden von der SPD unterstützt. Und Engholms Position gegen die Einführung eines Karenztages war typisch, als er gleichzeitig verlauten ließ:

"Ich bin dafür, daß wir uns gemeinsam den gesamten Bereich der Lohnnebenkosten anschauen, aber nicht solche, die tarifvertraglich vereinbart sind" (Tsp, 20.07.92).

Der Charakter der SPD als *bürgerliche Arbeiterpartei* wird auch in dieser Periode ihrer regierungsfreundlichen Politik offensichtlich. Als Vertreter der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse besteht ihre Funktion darin, die Arbeiterklasse mittels der "Sozialpartnerschaft" an die Interessen des Kapitals zu ketten. An ihrer Basis läßt sich derzeit keine substantielle Opposition erkennen, sieht man von der Austrittswelle von linken aber auch rechten SPD-Mitgliedern - ab. Die Herausbildung wenigstens eines linken reformistischen Flügels in der SPD, der zumindest die offene Kollaborationspolitik der Führung angreift, ist angesichts der jetzigen Situation in der Partei nicht abzusehen. Rosa Luxemburg bezeichnete die Sozialdemokratie einmal treffend als "stinkenden Leichnam", von dem die Arbeiterklasse keine Perspektive zu erwarten habe. Wie zur Unterstreichung dieser grundsätzlichen Charakterisierung ihrer Partei initiierte die SPD-Führung Trauermärsche für Willy Brandt, den Vater der Berufsverbote und der konterrevolutionären Ostpolitik.

Die Gewerkschaftsbürokratie: Windbeutel des Kapitals

"Wer Wind (Karenztage) sät, wird Sturm ernten" war die Losung der Gewerkschaften, mit der sie einen "Heißen Herbst" ankündigten. Diese Drohung an Kapital und Regierung entpuppte sich - wie schon so oft - als heiße Luft. Anstatt konsequent die Interessen des Proletariats in West und Ost gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu verteidigen, boten die sozialdemokratischen Arbeiteraristokraten der Bourgeoisie nicht nur den kleinen Finger, sondern gleich die ganze Hand. Damit tragen sie dazu bei, daß die Spaltung der Arbeiterklasse in Ost und West, Frauen und Männer, deutsche und immigrierte Kollegen weiter vertieft wird.

Die von der IG Metall geforderten "Runden Tische" mit Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft und die mittlerweile einhellig angekündigte Bereitschaft, sich an den Gesprächen zum "Solidarpakt" zu beteiligen, verdeutlichen erneut, in welchem Interesse diese "Arbeitervertreter" agieren. DGB-Boss Meyer wollte gleich ohne Vorbedingungen in die Debatte gehen und kündigte schon im Vorfeld ein mögliches "Federn lassen" der Gewerkschaften an - wenn er auch erst einmal gegen Öffnungsklauseln, langsames Lohnwachstum im Westen und Einfrieren der Löhne im Osten eintrat (s. FAZ, 11.09.92). Steinkühler signalisiert mittlerweile ebenfalls Gesprächsbereitschaft - an-



Alltag für immer mehr Lohnabhängige in der BRD

geblich mit Vorbedingungen. Nach den Erfahrungen u.a. der diesjährigen Tarifverhandlungen üben sich die Bürokraten im Tiefstapeln. Um die Erwartungen der Mitglieder gleich von Anfang an möglichst niedrig zu halten, beackerte die Wulf-Mathies-Riege die Betriebe für die Aufstellung möglichst niedriger, "realistischer" Lohn- und Arbeitszeitverkürzungsforderungen unter Verweis auf die leeren Staatskassen.

Tarife '92: Auftakt zur Wende in der Lohnpolitik

Der ebenfalls mit markigen Sprüchen eingeläutete "Heiße Frühling" 1992 endete für die Arbeiterinnen und Arbeiter mit Lohneinbußen. Gottschol, Präsident von Gesamtmetall, kommentierte die Niederlage der Gewerkschaften denn auch recht zufrieden:

"Die tarifpolitische Wende ist notwendigerweise ein längerer Prozeß. In diesem Jahr wurde sie eingeleitet. Mit der Lohnzahl von drei Prozent für 1993 haben wir ein Signal für Tarifabschlüsse gesetzt, die wieder stärker an der Produktivitätsentwicklung angeknüpft sind. Wir haben außerdem für 1994 die Entscheidungsfreiheit der gesamtwirtschaftlichen Lohnführerschaft gegenüber dem öffentlichen Dienst zurückgewonnen. Auch das gehört zu der von uns gewollten tarifpolitischen Wende" (taz, 26.05.92).

Die Unverfrorenheit, mit der sich neben der IG-Metall v.a. die ÖTV-Führung über die Entscheidungen der Mitglieder hinwegsetzte, zeigte, was diese "Arbeitervertreter" von "ihrer" Basis halten. Die anschließenden Gewerkschaftstage von ÖTV und IGM, auf denen eine saftige Abrechnung mit den Ausverkäufern der Streiks nötig gewesen wäre, offenbarten darüberhinaus die Verknöcherung der Gewerkschaftsapparate bis auf die unterste Funktionärschicht und machten in fataler Weise klar, wie sehr sich die Arbeiter aktuell in der Defensive befinden. Es wurde lediglich vereinzelt Kritik geäußert. Die Führung, die den Kollegen eine

kräftige Lohnerhöhung versaut hatte, wurde wiedergewählt.

Die Tarifverhandlungen 1992 hatten neben dem Verrat an den Kampfzielen der Kolleginnen und Kollegen ein weiteres einschneidendes Merkmal: die erfolgreiche Verhinderung der Gewerkschaftsführung von gemeinsamen Kampfaktionen in Ost und West, unter scheinheiligem Verweis auf die verschiedenen Tarifverhandlungsbedingungen. Der Sozialdemokratie, die im Osten nur einige tausend Mitglieder vorweisen kann, gelingt es noch immer über die Gewerkschaftsbürokratie, die Kämpfe ostdeutscher Kolleginnen und Kollegen zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und ihrer Löhne zu sabotieren. Die Ignoranz und Feindseligkeit, die die (im wesentlichen) Westbürokratie gegenüber den Arbeitskämpfen im Osten an den Tag legt, ist kaum zu überbieten. Auch wurden die Konferenzen der Initiative ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte von der Gewerkschaftsführung eiskalt boykottiert. Die IGM-Spitze distanzierte sich offen von deren Demonstration am 9. September in Bonn. Dabei wird die Gewerkschaftsspitze hier nicht einmal mit einer linken, klassenkämpferischen Strömung konfrontiert. Die sozialdemokratische DGB-Führung ist v.a. im Osten angesichts der katastrophalen Situation derart alarmiert, daß sie selbst den schüchternsten Protest *unabhängig* von ihrem Apparat im Keim ersticken will. Ihre Angst ist berechtigt, denn ein gemeinsamer Widerstand in Ost und West gegen die Bonner Regierung würde auch die DGB-Chefsessel ins Wanken bringen.

Rationalisierungswelle West - De-Industrialisierung Ost

Im Westen zeichnet sich eine "weitere Talfahrt der Konjunktur" ab. Nach der großen Rationalisierungswelle in den 70er Jahren wird jetzt die zweite Runde eingeläutet: In der Stahlindustrie wird offen von Kahl-

schlag geredet. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) prognostiziert mittlerweile den Verlust von 80 000 Arbeitsplätzen allein im Ruhrgebiet in den nächsten Jahren (s. Berl. Ztg., 06.10.92). Die Deutsche Postgewerkschaft befürchtet den Abbau von 70 000 Arbeitsplätzen (Tsp, 11.09.92). In der Autoindustrie ist in der nächsten Zeit ebenfalls mit dem Abbau von 200 000 Arbeitsplätzen (derzeit noch 750 000) zu rechnen. Vorsorglich wird schon über einen "sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau" und Kürzungen bei der Sozialplanregelung diskutiert.

Während es für die Arbeiterklasse im Westen Deutschlands zunehmend schwieriger wird, den stattfindenden Reallohnabbau zu stoppen, gibt es für die Arbeiterinnen und Arbeiter in der ehemaligen DDR immer weniger Möglichkeiten, ihre Arbeitskraft überhaupt zu verkaufen. Die kapitalistische Entwicklung führt dazu, daß im Osten nahezu eine ganze Klasse "abgewickelt" wird und schafft durch die Lumpenisierung den Nährboden für das Anwachsen faschistischer Organisationen.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR findet eine radikale De-Industrialisierung statt; die noch verbleibenden Industrie- und Dienstleistungsbereiche verkommen zu Billiglohnbranchen. Als Sprachrohr der Bourgeoisie tritt Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, für eine drastische Reduzierung der Realeinkommen im Osten ein. Mit dem "Argument", daß die Produktivität im Osten 32%, die Löhne 60% betragen (gemessen an den alten Bundesländern), will er Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen durchsetzen (s. Berl. Ztg., 15.09.92). Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und IG Chemie-Chef Rappe sekundierte und forderte im Rahmen des geplanten "Solidarpakts" eine Begrenzung des Lohnzuwachses im Westen und eine langsamere Anpassung im Osten (s. Tsp, 09.09.92).

Die Lebenshaltungskosten für die ostdeutsche Bevölkerung haben jedoch - auch nach offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes - mittlerweile (fast) Weststandard erreicht. Darüberhinaus schrumpfte im 2. Halbjahr 1991 die Zahl der Erwerbstätigen in Ost-

deutschland um weitere 18,7% (FR, 09.09.1992). Im Juli 1992 waren im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau noch 900 000 Menschen beschäftigt - binnen Jahresfrist wurden 45% der Stellen abgebaut (in Westdeutschland 2,5%). Sieht man einmal ab von ABM-Maßnahmen und anderer Kosmetik, so liegt die reale Arbeitslosigkeit im Osten jetzt bei 40%. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, vermutet einen Abbau von weiteren 200 000 Arbeitsplätzen in naher Zukunft. Laut Franke seien annähernd gleiche Verhältnisse in Ost und West erst in 12-15 Jahren zu erreichen. Er kündigte darüberhinaus an, daß es im Osten wohl keine 9,8 Millionen Beschäftigten mehr geben werde. Gleichfalls sei eine Beschäftigungsquote von 90% bei den Frauen aus Arbeitsschutzgründen (!) nicht mehr möglich (derzeit sind bereits ca. 2/3 der Erwerbslosen im Osten Frauen).

Ausweg aus der Krise

Um die Angriffe der Bourgeoisie auf den Lebensstandard und die Existenzgrundlage aller abhängig Beschäftigten, auf soziale Errungenschaften und demokratische Rechte zurückschlagen zu können, muß die Spaltung der Arbeiterklasse in Ost und West, in deutsche und immigrierte Kolleginnen und Kollegen beseitigt werden. Dem verräterischen Motto der DGB-Bonzen "Teilen verbindet" muß die Losung "Kämpfen verbindet" entgegengesetzt werden. Nur die gemeinsame soziale Kraft aller Arbeiter kann Regierung und Kapital in die Knie zwingen.

Die Notwendigkeit gemeinsamer Klassenaktionen liegt auf der Hand: Die Kapitalisten werden auch im Westen darangehen, Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen durchzusetzen. Die mögliche Einführung von Karenztagen wird die Arbeiterklasse im Osten genauso wie im Westen treffen. Geplante Produktionsverlagerungen in den Osten werden Arbeitslosigkeit im Westen und Billiglöhne im Osten zur Folge haben, was wiederum den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen - diesseits und jenseits der "Tarifmauer" - weiter erhöhen wird ■



*Tarifverhandlung 1992:
Den ÖTV-Bonzen war der
Friede mit dem Kapital wichtiger
als die Urabstimmung der
Kolleginnen und Kollegen.*

Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung

Die Gewerkschaftsbürokratie hat in der Vergangenheit unterschiedliche Tarifverträge für West und Ost ausgehandelt, obwohl sich die Lebenshaltungskosten mittlerweile in beiden Teilen der BRD weitgehend angeglichen haben. Gegen diese Spaltungspolitik müssen Kolleginnen und Kollegen für die Forderung nach *gleichem Lohn für gleiche Arbeit* eintreten. Darüberhinaus ist ein Kampf für die *gleitende Skala der Löhne* notwendig. Die Löhne müssen im gleichen Verhältnis automatisch angehoben werden wie die Lebenshaltungskosten steigen.

Die Kahlschlagpolitik im Osten und die Entlassungen im Westen setzen einen militanten Kampf gegen die rapide steigende Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung. Die aktuelle Arbeitslosenquote macht deutlich, daß das Etappenmodell der 35-Stunden-Woche zu kurz greift, um effektiv gegen Arbeitslosigkeit vorzugehen. *Die vorhandene Arbeit muß auf alle, die arbeiten wollen und können, verteilt werden.* Nur so können weitere Entlassungen verhindert und arbeitslose Kolleginnen und Kollegen wieder in den Produktionsprozeß integriert werden.

Angeichts des Chaos, das die Kapitalisten systematisch produzieren, ist es notwendig, sie einer Kontrolle zu unterwerfen und damit ihre unmittelbaren und auch langfristigen Pläne in Erfahrung zu bringen. Die *Arbeiterkontrolle über die Produktion*, organisiert durch Komitees der Lohnabhängigen einzelner Betriebe bis hin zum nationalen Zusammenschluß, kann die wirklichen Einkünfte und Ausgaben der Gesellschaft feststellen und dabei die Machenschaften der Banken und Monopole bloßlegen. Die *Offenlegung der Bücher* aller Unternehmen wird nicht nur erklären, durch welche Schiebereien und Tricks die "roten Zahlen" z.B. der Treuhand zustande kommen. Die Arbeiterkontrolle wird auch, auf Grundlage der "schwarzen Zahlen" der Westkonzerne, verdeutlichen, daß eine systematische Wirtschaftsentwicklung zum Wohle der gesamten Bevölkerung möglich ist, und zwar im Rahmen eines *gesamtgesellschaftlichen Planes*, diskutiert und kontrolliert von den Lohnabhängigen. Als Bestandteil eines solchen Planes fordern wir die Organisierung eines *umfassenden Programms öffentlicher Arbeiten* unter direkter Verwaltung der Beschäftigten. Das jetzige ABM-System, von den Kapitalisten gedacht als letzter Schritt vor einem Ende in Arbeitslosigkeit, muß zugunsten eines solchen Programms aufgelöst werden.

Alle diese Maßnahmen zur grundsätzlichen Verbesserung der Situation werden den erbitterten Widerstand der Unternehmer und ihrer Regierung hervorrufen. Dieser kann letztlich nur gebrochen werden durch deren *entschädigungslose Enteignung*. Erst die Errichtung einer *Arbeiterregierung*, gestützt auf die Organe der Lohnabhängigen, wird die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf Kosten der kapitalistischen Minderheit endgültig sichern.

Für unabhängige Fabrik- und Streikkomitees

Die diesjährigen Tarifverhandlungen haben noch einmal in aller Deutlichkeit gezeigt, daß mit Steinkühler und Co. kein Kampf zu gewinnen ist. Hunderttau-

sende befanden sich in Streikaktionen. Die Streiks der ÖTV und IGM haben die soziale Macht der Arbeiterklasse sichtbar gemacht, bevor sie von den Bürokraten abgewürgt wurden. IGM-Chef Steinkühler deutete in einem Rückblick an, wovon die Arbeiterverräter Angst haben:

"Die Streikenden könnten glauben, sie säßen wirklich am Schalthebel der Macht in diesem Staat..."
(Berl. Ztg., 27./28.06.92).

Wenn zukünftige Tarifikämpfe und Betriebsbesetzungen nicht wieder in Niederlagen enden sollen, muß die Frage von unabhängig gewählten und jederzeit wieder abwählbaren Streik- und Fabrikkomitees diskutiert werden, die die Verhandlungen selbst in die Hand nehmen. Es muß gelingen, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsböden, die immer wieder Arbeiterkämpfe abwürgen, zu isolieren. In diese unabhängig von der offiziellen Gewerkschaftsbürokratie gewählten Komitees müßten - genauso wie in Streikpostenkettens - auch die Kollegen integriert werden, die mittlerweile arbeitslos geworden sind.

Wenn sich die Arbeiterklasse effektiv gegen die Angriffe der Bourgeoisie verteidigen will, bedarf es kommunistischer Gewerkschaftsfraktionen, die das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen gewinnen, damit die Pläne der DGB-Chefs für eine neue "Konzertierte Aktion" durchkreuzt werden. Mit dem Ziel, den reformistischen Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen, treten wir für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei ein ■

Schluß mit dem Prozeß gegen Honecker & Co

Nein, der Ex-Staatsratsvorsitzende ist kein Wendehals. Man muß nicht unbedingt ein Freund von Honecker sein, um seine Haltung im Vergleich zu der Krenz' und Modrows anzuerkennen. Der stalinistische Arbeiterunterdrücker und deutsche Oberbürokrat, der 1989 abdanken mußte, versteht zwar die Welt nicht mehr, aber wenigstens wollen er und seine Genossen sich gegen die deutsche Klassenjustiz verteidigen. Vor einem Tribunal eines revolutionären deutschen Arbeiterstaates wäre sicherlich nicht zu knapp mit Honecker abzurechnen. Aber jetzt wird ihm, trotz schwerer Krankheit und mittels Rechtsbeugung, von der rachsüchtigen herrschenden Klasse der Prozeß gemacht, weil er 40 Jahre die Imperialisten aus dem besseren Teil Deutschlands heraushielt. Und genau deshalb müssen die Linke und Arbeiterbewegung ihn gegen die bürgerliche Justiz verteidigen. Wir Trotzlisten sagen:

*Weg mit dem Schauprozeß!
Honecker, Mielke und Genossen müssen freigelassen werden!*